



*Kolumne: Frey heraus*

*Ausgabe 1072 - Dezember 2019*

## **Verordnetes Glück**

Das Glück als Staatsziel.

*von Bruno S. Frey*

**D**ie moderne Glücksforschung ist ein grosser Erfolg. Wir wissen jetzt wesentlich besser, was Menschen glücklich oder unglücklich macht. Die grosse Beachtung der Glücksforschung hat manche Politiker dazu veranlasst, das Glück zum Staatsziel zu erklären. Der König von Bhutan hat bereits 1972 das «Bruttonationalglück» an die Stelle des «Bruttosozialprodukts» gestellt. Verschiedene Länder wie Frankreich, das Vereinigte Königreich oder Neuseeland sind gefolgt und zwischenstaatliche Organisationen wie die OECD und die UNO haben «Glück» als Ziel auf ihre Fahnen geschrieben. In den Vereinigten Arabischen Emiraten wurde sogar eine Frau zur «Glücksministerin» erkoren – was sie in dieser Region erreichen kann, ist allerdings fraglich. Auch weitere autoritäre Staaten wie China und Nordkorea verkünden nun explizit, eine Glückspolitik zu verfolgen.

Die Regierungen wollen die Ergebnisse der Glücksforschung direkt in die Wirklichkeit umsetzen und damit die Wohlfahrt der Bevölkerung maximieren. Dies erscheint zunächst sinnvoll. Wer kann schon dagegen sein, die Bevölkerung glücklich zu machen? Einen Fokus einzig und allein auf das Wachstum des BIPs wird heute niemand mehr wollen.

Eine Glückspolitik durch die Regierung ist jedoch kritisch zu sehen: Der Staat wird damit zum Glücksbringer der Menschen erhoben, statt sich weiterhin auf die liberale Devise zu beschränken, dem Menschen bei der Verfolgung seines Glücks bloss möglichst wenig Steine in den Weg zu legen. Von oben dekretiertes Glück verletzt die Selbstbestimmung der Bevölkerung. Doch sogar wer sich an solchen Spitzfindigkeiten nicht stört, wird einwenden: Damit das Konzept funktioniert, müssten die Politiker an der Macht auch tatsächlich gewillt sein,

ihren Bürgerinnen und Bürgern das höchste Glück zu verschaffen. Die bisherigen Erfahrungen mit der Glückspolitik hierzu sind ernüchternd. Auch wenn einzelne Regierende das Glücksziel durchaus ernst nehmen, handelt es sich doch eher um einen Marketinggag als um ein effektives Eingehen auf die Bedürfnisse und Wünsche der Bevölkerung. Dabei hätten gerade die politische Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger und möglichst umfangreiche persönliche Freiheiten erwiesenermassen einen positiven Einfluss auf ihr Glücksbefinden.

### **Bruno S. Frey**

ist ständiger Gastprofessor an der Universität Basel und Forschungsdirektor des Center for Research in Economics, Management, and the Arts (CREMA), Zürich. In seiner Kolumne schreibt er über gesellschaftliche Missstände aus ökonomischer Sicht.

Alles von Bruno S. Frey lesen